

Redebeitrag über rechte Netzwerke und NSU auf der Kundgebung „Den rechten Terror stoppen“ am 28.06.2019 in Duisburg

Nach dem Mord an den Politiker Walter Lübcke, zeigten sich viele Politiker sehr schockiert. Das ist verständlich. Nicht verständlich ist aber, wenn diese Politiker behaupten, dass man es für unmöglich gehalten habe, dass sowas in Deutschland passieren kann. Noch unverständlicher ist, wenn der CDU-Politiker Armin Schuster und Mitglied des Innenausschusses im Fernsehen verkündet, dass das der erste rechtsextreme Mordanschlag seit dem zweiten Weltkrieg sei.



Haben diese Politiker etwa den ganzen Fall des Nationalsozialistischen Untergrundes vergessen? Oder zählt es nicht wenn Neonazis Migranten töten? Der Fall des NSU in dem die Hauptangeklagte Beate Zschäpe zur lebenslangen Haft verurteilt wurde, endete schließlich erst letztes Jahr, und Armin Schuster war sogar Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages.

Selbstverständlich haben unsere Politiker die NSU-Morde nicht vergessen, sie wissen auch von den über hundert anderen Morden die in den letzten 30 Jahren von Neonazis begangen wurden. Sie müssen den rechten Terror aber nun als etwas vollkommen Neues darstellen, weil ja sonst die Frage aufkommen würde, warum man bisher nichts unternommen hat. Und tatsächlich: Der Staat muss sich den Vorwurf gefallen lassen Verantwortung dafür zu tragen, das rechtsterroristische Gruppen und Personen in Deutschland dermaßen stark und aktiv werden können.

Vom rechtsterroristischen Netzwerk NSU, wissen wir, dass er mindestens 10 Menschen tötete, davon 9 Migranten. Die Beschränkung der Bundesanwaltschaft auf das Trio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe und ihr nächstes Umfeld ignoriert den Netzwerkcharakter des „Nationalsozialistischen Untergrundes“. Der NSU war keine isolierte Zelle aus drei Personen, der NSU war auch mehr als die fünf Angeklagten vor dem Oberlandesgericht. Ohne militante Nazi-Strukturen wie Blood and Honour, lokale Kameradschaften oder etwa den Thüringer Heimatschutz wäre der NSU wohl schwer möglich gewesen. Die Aufklärung im Rahmen des Prozesses wurde jedoch konsequent unterbunden, auch

durch die eng geführte Anklageschrift der Bundesanwaltschaft und die Weigerung, der Nebenklage komplette Akteneinsicht zu gewähren. Deutschlands Sicherheitsbehörden, allen voran der Verfassungsschutz, sind bis zum heutigen Tage viel mehr Teil des Problems als Teil der Lösung.

Der NSU war nicht die erste Neonazi-Terrororganisation und es sieht auch nicht so aus, als sei er die letzte gewesen. In den letzten Monaten laufen und liefen mehrere Prozesse gegen Zusammenschlüsse wie die „Oldschool Society“ oder die „Gruppe Freital“. Daneben häufen sich die Meldungen von immer neuen Waffenfunden bei rechten Strukturen. Die Zahl der Brandanschläge und rassistischen Übergriffe ist in den letzten Jahren gravierend angestiegen. Derzeit laufen Ermittlungen gegen die Gruppe Nordkreuz, ein Zusammenschluss von aktiven und ehemaligen rechten Polizisten und SEK-Beamten, die Feindeslisten anlegten, Munition aus Polizeibestand klauten und bereits die Bestellung von 200 Leichensäcken vorbereiteten.

Die Existenz von mehreren bewaffneten Neonazistrukturen ist Realität in diesem Land. Sie können in einem Klima entstehen, in dem eine rassistische Partei wie die AfD es geschafft hat einen festen Platz in der Parteienlandschaft einzunehmen. Sie können aber auch dort entstehen wo militante Neonaziparteien wie die Partei „Die Rechte“ unter Polizeischutz rassistische und antisemitische Reden am 01 Mai in Duisburg halten dürfen. Wo die Duisburger Polizei lieber den antifaschistischen Widerstand dagegen verfolgt.

Wenn die Politik bald schon wieder vergessen hat, dass es rechten Terror gibt, wenn die Behörden schon bald wieder ihre Akten schließen, dann werden wir weiter machen, werden wir weiter auf die Straße gehen gegen rechte Strukturen und rechte Politik.

Siempre Antifascista!